

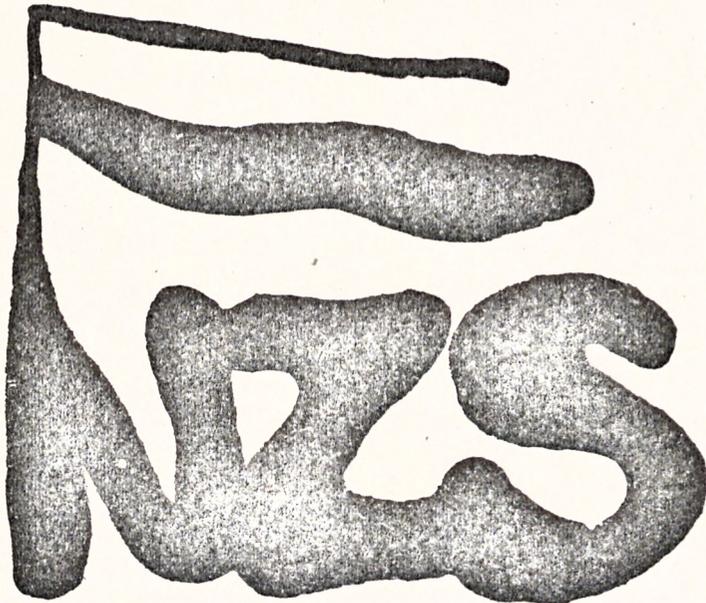
SCHLAG LICHT

Nr. 15

15.1.1982

ZEITUNG DER STUDENTENSCHAFT DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE DARMSTADT

SOLIDARITÄT MIT DEN POLNISCHEN STUDENTEN



SCHLAGLICHT!

erscheint **Impressum**
14-tägig

Redaktion:
Christel Fischer
Bernd Golle
Michael Siebel
Franz Nagel
Ulli Buntenbruch
Marianne Nowak

V.i.s.d.P. ASTa der
TH Darmstadt

Redaktionsschluß Nr. 16
26.01.82

Herausgeber: ASTa der THD

Inhalt

Hintergründe der Entwicklung in Polen	3
Wer den Rotstift heut' nicht knackt, der geht morgen splinternackt	7
Buchbesprechungen	10
Neues vom Kindergarten	13
Frauengruppe an der THD	14
Hochschulpolitische Nachrichten	15
Veranstaltungen	16

Hintergründe der Entwicklung in Polen

Teil
1

Seit dem Sommer 1980 ist es in der Volksrepublik Polen zu tiefgreifenden Veränderungen gekommen - über organisierte Formen politischer Massenstreiks, die von einer breiten Solidarisierung innerhalb der polnischen Bevölkerung getragen wurden. Zu den politischen Ergebnissen zählten v.a. neue, von Staat und Partei unabhängige Gewerkschaften, neue Jugendverbände, intensive Diskussionen innerhalb der PVAP wie der polnischen Öffentlichkeit über die zukünftige Entwicklung, Schritte gegen Korruption, personelle Umbesetzungen in Staat und Partei sowie offene Darlegung der wirtschaftlichen Situation.

Für die Beurteilung der Ursachen und Hintergründe, die zu dieser Entwicklung beigetragen haben, ist zunächst die ökonomische Situation Polens zu beachten.

Der unmittelbare Anlaß der Protestaktionen waren die Verdoppelung der Fleischpreise im Verein mit einer Heraufsetzung der Arbeitsnormen. Dieser Zusammenhang verweist auf eine katastrophale "Ökonomie des Mangels", deren Auswirkungen für die Bevölkerung immer unerträglicher wurden. Die seit dem Amtsantritt E. Giereks 1970 mit Nachdruck (vor allem im Wege kostspieliger Technologieimporte und mit westlichen Krediten finanzierten Anlage-Investitionen) betriebene Industrialisierungspolitik hat an Stelle der erhofften Sanierung der Volkswirtschaft zunächst eine immense Auslandsverschuldung (ca. 20 Mrd. Dollar) verursacht, deren Tilgung und Verzinsung eine ständig wachsende Belastung des produktiven Sektors der polnischen Wirtschaft darstellt. Infolge der damit zusammenhängenden Vernachlässigung der Konsumgüterindustrie ist eine sich zuspitzende, äußerst prekäre Versorgungslage entstanden, welche durch die beschriebene Überschuldung unumgängliche starke Exportorientierung in ihren Auswirkungen noch verschärft wurde.



Trotz des nach wie vor gegebenen Importüberschusses besteht daher in Polen eine akute Knappheit an Konsumgütern, die auch den Lebensmittelsektor (v.a. Fleisch) einschließt. Hinzu kommt eine (statisch allerdings nicht exakt faßbare) hohe Inflationsrate, die sich durch künstliche Preisdämpfung nur teilweise verdecken läßt.

Die mangelhafte Infrastruktur (schlechte Transportmittel und -wege) sowie ein chronisches Energiedefizit begrenzen die Nutzbarmachung des industriellen Potentials zusätzlich.

Die überwiegend in privater Hand (ca. 75%) belassene Landwirtschaft ist parzelliert (durchschnittlich 5 ha), wenig ertragreich (zu wenig passables Ackergerät, Futtermittel, etc.: weniger Bankkredite als an Genossenschaften) und zu arbeitsintensiv. Die Konsequenzen: Die private Produktion dient vornehmlich der bäuerlichen Selbstversorgung; eine miserable Einkommenslage verursacht die Landflucht (v.a. der jungen Generation); Getreide muß in großen Mengen importiert werden. Fünf Mißernten in Folge markierten das Desaster einer Landwirtschaft, die sich durch sinkende Hektarerträge, abnehmenden Viehbestand und eine schwindende Arbeitsproduktivität auszeichnet.

Das letzte Merkmal - schwindende Arbeitsproduktivität - trifft auf Landwirtschaft und Industrie gleichermaßen zu und dürfte nicht zuletzt auch der kaum geförderten Leistungsmotivation der werktätigen Bevölkerung geschuldet sein. Bürokratische Verkrustungen um Management, Fehlplanungen, Schluderei sowie mangelnde Koordination und Verwaltung runden das Bild ab.

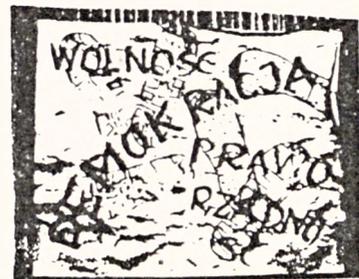
Das ungleichgewichtige Wachstum der verschiedenen volkswirtschaftlichen Sektoren - überdimensionierter, oft chaotischer Wildwuchs hier, Vernachlässigung und Mangelwirtschaft da - läßt das Urteil gerechtfertigt erscheinen, daß von bewußter Planung und Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht in Polen keine Rede sein kann.

Rolle der Einheitspartei in Polen

Die Partei stellt eine exklusive Konzentration von Entscheidungsbezugnis dar. Sie besetzt, vermittelt über die zentrale und regionalen Politbüros und Abteilungen der ZKs und vermittelt über die Staats- und Wirtschaftsorgane, eine immense Machtfülle. Das Herrschaftsprinzip hierbei ist die Kaderpolitik. Durch die Nomenklatura der Kaderpolitik wird der Aufstieg in gesellschaftlich relevante Positionen kontrolliert und somit umfassend und streng hierarchisch die Parteikontrolle von oben bis in die bescheidenen lokalen Funktionsstellen gewährleistet.

Es handelt sich in Polen um ein System zentralstaatlicher Regulation des gesamten gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses. Es gibt in den sozialistischen Ländern keine Sphäre und politische Institution, die nicht unmittelbar und permanent staatlich organisiert bzw. zumindest kontrolliert wird. Bestehen bleibt eine Trennung von öffentlicher bzw. parteilicher und staatlicher Sphäre einerseits und der Privatsphäre andererseits, d.h. der "verstaatlichten" Öffentlichkeit stehen die atomisierten Individuen gegenüber.

Die Kehrseite jener "Allmacht der Partei" ist die ideologische Entmündigung und reale Einflußlosigkeit der Bevölkerung. Ähnlich ist die Situation im Arbeitsprozeß, wo die Werk-tätigen bestenfalls Partizipations- aber keine wesentlichen Mitbestimmungs- und Entscheidungsrechte besitzen. Hieraus resultiert auch der Hauptwiderspruch der sozialistischen Länder Osteuropas, nämlich der Widerspruch von gesellschaftlicher Produktion und nichtgesellschaftlicher Verfügung derselben.



Entwicklung der Proteste

Die Anfang Juli 1980 von der polnischen Regierung erlassene Erhöhung der Fleischpreise führte zu ersten lokalen Protesten und Arbeitsniederlegungen. Diese Proteste, die ein tief in weiten Teilen der Arbeiterschaft verwurzeltetes Bedürfnis nach genügender materieller und sozialer Versorgung zum Ausdruck bringen, weiteten sich zunehmend aus.

Die Protestaktivitäten der Arbeiter von Gdansk und Szczecin ließen sehr bald ihre ökonomischen Interessen und Bedürfnisse erkennen. Die Protestaktionen der Arbeiter mündeten in Streiks. Es kam zur Bildung von betrieblichen und überbetrieblichen Streikkomitees.

Sie erklärten die Bildung von unabhängigen Gewerkschaften, die gesetzliche Verankerung des Streikrechts sowie die Verbesserung des Lohnniveaus und ein niedriges Preisniveau für Lebensmittel immer mehr zu ihrem Hauptziel. Darüberhinaus kam es in Gdansk zu einer Reihe von politischen Forderungen, nämlich u.a. der Freilassung von politischen Häftlingen in Polen.

Die Regierung Polens verhandelte mit den streikenden Arbeitern. Aufgrund des besonnenen Verhaltens beider Seiten konnten Kompromisse geschlossen und die Vereinbarungen von Szczecin (30.8.80) und Gdansk (1.9.80) unterzeichnet werden. In ihnen wurde u.a. vereinbart:

- die Schaffung und Respektierung unabhängiger Gewerkschaften unter Anerkennung der Verfassung, des gesellschaftlichen Eigentums der Produktionsmittel, der führenden Rolle der Arbeiterpartei (PVAP) sowie die Anerkennung des bestehenden internationalen Bündnis-systems
- die Verankerung des Streikrechts im Rahmen eines neuen Gewerkschaftsgesetzes
- ein Regierungsprogramm für Preise und Versorgung
- Lohnerhöhungen mit Schwerpunkt auf den unteren Lohngruppen sollen bewilligt werden (Szczecin)
- Untersuchungen über die Zensurpraxis
- Anstreben einer Entscheidung über den arbeitsfreien Samstag

Die Vereinbarungen von Gdansk und Szczecin unterschieden sich sehr stark in ihren inhaltlichen Aussagen und Schwerpunkten. Das Abkommen von Gdansk enthält fast keine Vereinbarungen über die ökonomischen Forderungen.

In den nachfolgenden Wochen und Monaten nach Gründung und Zulassung der unabhängigen Gewerkschaft "Solidarnosc" und dem Beginn des Diskussionsprozesses in der polnischen Arbeiterpartei, kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaften und Regierung. Aufgrund schwankender Positionen der Regierung Pinkowski sah sich "Solidarnosc" immer wieder veranlaßt, mit Warnstreiks zu drohen. Im Mittelpunkt der Diskussion stand nunmehr vor allem die Forderung nach Einführung der 5 Tage-Woche, die in der Gdanskener Forderungen an letzter Stelle stand und im Abkommen von Gdansk keine Rolle spielte.

Entscheidend bei diesen Diskussionen und Auseinandersetzungen (die wiederum von beiden Seiten sehr besonnen geführt wurden, ob die polnische Volkswirtschaft nach den Streiks weitere faktische Arbeitsausfälle verkraften konnte, zumal bei der sich verschlechternden Versorgungslage der Bevölkerung.

Sie führte wiederum andererseits dazu, daß die Bauern eine Effektivierung der Landwirtschaft forderten. Die Gründung eines eigenen Bauernverbandes wurde angestrebt.

Auch an den Hochschulen entwickelten sich neue Forderungen der Studenten, die in der Gründung eines Studentenverbandes (NZS) mündete, der von der Regierung anerkannt wurde.

In den Vereinbarungen von Lodz (18.2.81) wurde die allgemeine Einführung studentischer Selbstverwaltungsorgane neben den bestehenden sozialistischen und die Zulassung unabhängiger Studentenverbände beschlossen. Weitreichende Demokratisierungsmaßnahmen an den Hochschulen wurden eingeführt (drittelparitätische Beteiligung der Studenten in den Senaten).

Solidaritätsadresse des AStA der TH - Darmstadt

April 1981 (Auszug)

Kommilitonen, Kommilitoninnen!

Der AStA der Technischen Hochschule Darmstadt erklärt hiermit seine volle Solidarität mit den polnischen Studenten und der unabhängigen Studentenorganisation NZS. Mit Freude und Anerkennung haben wir Euren Kampf für eine unabhängige Studentenorganisation beobachtet.

Grundvoraussetzung für eine sinnvolle Interessenvertretung ist die Selbstbestimmung von Inhalten und Aktionen. Diese Voraussetzung kann nur ein von ideologischen Klammern freier Verband erfüllen. Für uns ist der NZS ein solcher Verband. (...)

Viel Glück im weiteren Kampf
mit solidarischem Gruß
Uwe Arndt

Spendenauftrag!

NIK
WIEREN
WOLI
NARODU
SOLIDARNOSĆ

Polnischer Studentenverband aufgelöst

Letzte Woche hat das polnische Militärregime den unabhängigen Studentenverband NZS aufgelöst. Dieser Verband hatte sich Anfang 1981 konstituiert. Er ist die Alternative zum offiziellen Studentenverband SZSP, der bis dahin die einzige Organisationsmöglichkeit für Studenten war. Der NZS arbeitete eng mit Solidarność zusammen; in vielen Orten gab es Kontaktgruppen, in denen über die Arbeit und Situation in Polen diskutiert wurde. Der NZS war den Herrschenden ein Dorn im Auge, er forderte eine Demokratisierung des Studienbetriebs (in einigen Bereichen eine Drittelparität zwischen Professoren, Mitarbeitern und Studenten).

Solidarität - Wer sie übt und warum

An diesem einen Beispiel für Forderungen von Studenten und bei den politischen und wirtschaftlichen Forderungen von Solidarność ließen sich noch mehr solche Beispiele finden, wie Forderungen, die in der BRD untragbar, vielleicht sogar "verfassungswidrig" sind (Drittelparität), in Polen unterstützt werden. Hier zeigt sich wie vor allem rechte Kreise in der BRD und im restlichen Westen, ihre Solidarität verstehen, ihnen geht es nicht um die Menschen in Polen, ihnen geht es um die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen, um einen direkten Einfluß auf die polnische Wirtschaft. Für die Durchsetzung ihrer Forderungen nehmen sie sogar ein Erhöhen der Kriegsgefahr in Kauf.

Warum wurde NZS aufgelöst ?

Wie immer, so auch diesmal, versucht ein Militärregime solche Einschränkungen demokratischer Rechte mit fadenscheinigen Argumenten zu kaschieren.

Da wird z.B. ein Verstoß gegen die polnische Verfassung konstruiert, in dieser Verfassung ist die polnisch-sowjetische "Freundschaft" festgelegt. NZS wollte in einem Seminar über die Vorfälle in Kattyn im 2. Weltkrieg diskutieren, damals wurden mehrere tausend Offiziere der polnischen Armee auf Veranlassung

Nichts gegen den
Willen des Volkes

Stalins hingerichtet. Was nicht sein darf, darüber, meinen die polnischen Machthaber, darf auch nicht diskutiert werden. Schließlich wird NZS die Durchführung von Streiks vorgeworfen, diese waren aber das einzige Mittel mit dem die polnischen Studenten überhaupt die Registrierung des Verbandes durchsetzen konnten. Einziges Ziel der Auflösung von NZS und darüber können auch die "Argumente" nicht hinwegtäuschen, ist die Zerschlagung eines Teils der zu den Machthabern oppositionellen Kräfte. Wie überhaupt der Ausnahmezustand eine Auflösung des Widerstands in Polen bewirken soll.

Wir fordern deshalb:

- Freilassung aller politischen Gefangenen
- Aufhebung des Ausnahmezustands
- Wiedezulassung von NZS

Solidarität konkret !!!!!

Unsere Solidarität sollte sich nicht nur auf Flugblätter und Presseerklärungen beschränken. Der AstA wird deshalb in der Zeit bis zum 31.1. eine Spendenaktion durchführen. In dieser Zeit könnt Ihr entweder am AstA-Stand in der Mensa rumkommen oder aber auch Geld auf das AstA-Konto unter dem Stichwort "Studenten helfen Polen" einzahlen.

Konto-Nr: 1088029300
BLZ: 50810111

Auf Initiative des BÜNDNIS-FACHSCHAFTEN- AUSLÄNDER wurde im StuPa zu Polen folgende Resolution (ohne Gegenstimme und bei 4 Enthaltungen) angenommen:

Das StuPa verurteilt entschieden die Militärdiktatur in Polen.

Wir wenden uns mit aller Schärfe dagegen, daß die polnische Regierung sich sowenig um die Interessen und den Willen des Volkes kümmert und den Widerstand breitester Teile der Bevölkerung mit diktatorischen Mitteln unterdrückt.

Der Vorwand, Ruhe und Ordnung mit militärischer Gewalt herzustellen, ist uns leider aus anderen Ländern wie z.B. Türkei, nur zu bekannt.

Eine Regierung, die sich so verhält, hat mit "sozialistisch" nichts zu tun. Gleichzeitig wenden wir uns gegen die verlogene "Solidarität" führender westlicher Kreise, die auf Kosten des polnischen Volkes ihre antikommunistische Hetze und ihre Kriegsvorbereitung betreiben. Diese Herren, die selbst bei jedem größeren Streik hier mit Polizei und Aussperrung gegen die Arbeiter vorgehen und auch sonstige Bürgerprotest (z.B. Startbahn West) mit Knüppeln und Wasserwerfern niederzwingen wollen, sie haben kein Recht sich in die inneren Angelegenheiten Polens einzumischen oder sich gar als die Retter der polnischen Bevölkerung aufzuspielen.

Das StuPa der THD spricht der "Solidarität" und dem polnischen Volk seine volle Solidarität aus und fordert:

- sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes und Freilassung der inhaftierten Gewerkschafter
- keine Einmischung der SU und anderer Staaten

Wer den Rotstift heute nicht knackt, der geht morgen splinternackt!



Kritische Auseinandersetzung mit den Aktionstagen gegen Mittelkürzungen im Bildungsbereich.

Zumindest für den MSB hat der Bundesweite Streik stattgefunden! Es war ja auch klar. Seit über einem Jahr herbeigeredet, konnte man nun nicht mehr zurück. Außerdem war es ja wiederum an der Zeit zu streiken. Nach dem bundesweiten Streik gegen das Hochschulrahmengesetz von 1977 war der Zeitpunkt nun wieder da.

"Heißer Winter - so viel war lange nicht los - die Kampfbereitschaft ist ermutigend" (Rote Blätter 12/79), "jeder sieht noch einmal konkret, daß in diesen wenigen Wochen mehr los war, als in vielen Semestern zuvor" (rb 12/80), "Wahnsinn (aber ehrlich, d. Schreiber) 100.000 demonstrieren. Das hat es seit dem bundesweiten Streik im WS 77 nicht mehr gegeben" (rb 1/81). Bei solchen Parolen muß es jedem MSBler warm ums Herz werden. So viel Propaganda muß natürlich zum Erfolg führen und so diagnostiziert auch Oberguru Uwe Knickrehm in seiner Analyse des Streiks messerscharf: Der bundesweite Streik war ein Erfolg, weil die Kürzungsforderungen der CDU/CSU zurückgewiesen worden sind (!).

Wenn man sowas liest, merkt man deutlich, daß da irgendwas nicht ganz stimmen kann.

Kritik am Massenkampf

Fester Bestandteil der politischen Strategie des MSB ist, daß "in jedem Semester was laufen muß". Die Mobilisierung geht durch die Füße, nicht durch den Kopf. Das hat sich insbesondere bei den letzten Bemühungen des MSB gezeigt. Es ging nicht mehr um die Forderung nach einem finanziell abgesicherten Studium, sondern darum, daß der bundesweite Streik stattfindet.

Deshalb war der MSB auch so sauer, daß der ASTa nicht kurz vor den Aktionstagen noch 'ne Vollversammlung einberufen hat, um eben diesen Streik beschließen zu lassen. So fanden an der THD "nur" Aktionstage statt. Der ASTa favorisierte Fachbereichsvollversammlungen am Montagmorgen. Diese hätten (und hatten) eine viel motivierendere Wirkung als eine Massenveranstaltung. Es ist eben gerade falsch, davon auszugehen, daß immer da, wo viele Leute sind, sich auch viel bewegt!

Es wäre an unserer Hochschule kein Finger mehr für die Aktionen krumm gemacht worden, hätte sich das Tierchen "bundesweiter Streik" genannt. Und nochwas, und das zum hundertsten Mal: Den Begriff Streik bei Protestaktionen von Studenten zu verwenden, wird durch häufigen Gebrauch auch nicht richtiger. Der Streik ist ein Kampfmittel der Ar-

beiter. Der "Arbeitgeber" braucht die Arbeitskraft des Arbeiters, um produzieren zu können, die Studenten brauchen aber das Geld des Staates um studieren zu können. Die Fronten sind also genau umgedreht. Die propagierte Nähe zur Arbeiterklasse stimmt also im Grundsatz nicht. Studenten stehen in keinem direkten Verhältnis zum Kapital wie Arbeiter, ihre Interessen ergeben sich nicht direkt aus einem Arbeitsprozeß. Dieser Widerspruch hat sich auch bei der Podiumsdiskussion im Rahmen der Aktionstage deutlich gezeigt. Man löst ihn aber nicht dadurch auf, daß man ihn leugnet

Damit soll nicht gesagt werden, daß dies immer so bleiben muß. Auch soll nicht gesagt werden, daß die Artikulation studentischer Interessen ohne Kampagnen und Zusammenarbeit mit linken Organisationen abgeht. Doch müssen diese dem Bedürfnis derer entspringen, die von Mittelkürzungen betroffen sind und nicht - wie ein großer Zylinder den Studentenschaften übergestülpt werden.

Dem RCDS ist auch nichts zu leicht!

In die andere Richtung zu weit schlug das Pendel des RCDS. Den Kommilitonen, denen der Basisbezug gänzlich abgeht, war es schlichtweg wurscht, was die Studentenschaft machte. Er gebrauchte die Aktionstage nur als Profilierungsraum und lud zu einer Podiumsdiskussion zwischen zwei Veranstaltungen des AstA ein. Der Interessierte Student hätte also 7 Stunden "non stop" Veranstaltungen haben können. Der AstA hatte schon vor der Veranstaltung erklärt, daß er daran nicht teilnehmen kann, weil:

- der Dialog mit den Politikern in der momentanen Situation völlig wirkungslos ist (und es waren fast nur Politiker geladen - aber kaum gekommen!)

- der AstA sich nicht als Zugpferd für eine solche Veranstaltung hergeben wollte (aber dann doch als solches benutzt wurde, weil auf Plakaten und Flugblättern des RCDS der Eindruck erweckt wurde, als nehme der AstA daran teil).

- der AstA Profilierungsveranstaltungen nicht durch seine Teilnahme unterstützt!

Aber es war ja auch nicht so schlimm, weil nur 20 Leute gekommen waren. Der RCDS hatte sich im Prinzip gegen studentische Protestformen gerichtet. Noch auf der Konvents-sitzung vor den Aktionstagen beantragte er, daß nur 1 (!) Aktionstag durchgeführt werden sollte, weil sonst zuviele Veranstaltungen ausfallen würden. Auf Antrag der Juso-Hochschulgruppe wurde dann die Zahl der Tage nicht festgelegt. Der Präsident empfahl dann 2 1/2 Tage.

Diese abwieglerische Politik, die sich letztlich an den Interessen der Professoren orientiert, hat der AstA nicht mitgetragen.

Ansätze für die weitere Hochschulpolitik

Das bisher gesagte drückt aber nur aus, was nicht Strategie der weiteren Arbeit an der Hochschule sein kann. Was jedoch fehlt, sind Alternativen, die politisierend wirken und Perspektiven ausweisen. Dieser Mangel in der hochschulpolitischen Diskussion wird immer wieder durch Massenaktionen à la MSB und den "demokratischen Dialog" à la RCDS verdeckt.

Im folgenden sollen Möglichkeiten aufgezeigt werden, die diesen Mangel aufheben könnten.

Die Hochschulgruppe des Sozialistischen Büros Frankfurt formuliert (im Anschluß an ihre Ablehnung des Streiks als politisches Druckmittel) zwei Gefahren, die längerfristig eine reale Bedrohung für den Staat bilden:

1. die im öffentlichen Protest artikulierten

- oder wenigstens angedrohte - Aufkündigung der Loyalität gegenüber Staat und Gesellschaft gerade durch diejenigen, die demnächst Herrschaftsfunktionen wahrnehmen sollen.

2. das "Umfunktionieren" des universitären Lernens von einer Sozialisation auf Funktion im herrschenden Gesellschaftssystem zur Qualifikation für die Veränderung dieses Systems.

(SB-Hochschulgruppe Frankfurt, Hochschulstreiks, Links, Febr. 78)

So verstanden muß der Freiraum der Hochschule für eine kritische Vorbereitung auf den Beruf und das gesamte spätere Leben verstanden werden. Politik darf sich nicht darin erschöpfen, auf die Aktion staatlicher und universitärer Bürokratie zu reagieren. Sie muß eigene Formen und Forschungen aufstellen. Sie muß an der Reflexion des Uni-Alltags, der Lage und den Bedürfnissen der Studenten ansetzen

(Hirsch, Der Zerfall des Elfenbeinturms päd-extra 6/78).

Ein wichtiger Ansatz für ein solches Verständnis von Hochschulpolitik sind die fachübergreifenden Lehrveranstaltungen, die jedoch im Bürokratismus der Hochschule unterzugehen drohen und an der Verkalkung und Verkrustung professoraler Hirne zu scheitern drohen.

Es wäre eine wichtige Aufgabe studentischer Politik, solche Projekte zu fördern. Dies ist teilweise geschehen bei den Orientierungseinheiten, die aber selbst von vielen Tutoren nur noch als "Orientierungsdurchgang zum besseren Zurechtfinden im Studium" verstanden werden. Kaum noch ein Wort darüber, daß Orientierungsphasen so etwas sein könnten, wo man einen Geschmack davon bekommt, wie man universitäres Lernen "umfunktionieren" könnte.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Hochschulpolitik breiter, basisorientierter und kontinuierlicher werden muß. Sie muß sich über Semester fortsetzen und Perspektiven aufzeigen, wobei sie sich nicht in punktuellen Aktionen gegen wechselnde Ziele erschöpfen darf.

Michael Siebel
Uwe Arndt

LESERBRIEF

STREIK - KEIN KAMPFMITTEL FÜR STUDENTEN ?

Es wurde schon hundertmal gesagt, und in diesem Schlaglicht wieder von neuem, daß der Streik kein Kampfmittel für Studenten sei, da ein Uni-Streik keinen ökonomischen Druck ausüben kann. Wenn Arbeiter in einer Fabrik streiken, üben sie dadurch Druck aus, daß der Fabrikbesitzer die Produkte, die durch die Arbeit entstehen, nicht verkaufen kann, und folglich keinen Gewinn machen kann. Und Studenten erarbeiten im allgemeinen keine Produkte, deren Verkauf jemand etwas einbringt, zumindest dem Staat nicht, der bei einem solchen Streik gemeint ist. Soweit richtig. Aber wer daraus schließt, daß ein studentischer Streik keine Wirkung haben kann, der übersieht, daß gerade die wirkungsvollsten Streiks ihre Bedeutung erst dadurch bekommen, daß sie POLITISCH sind.

Ein Beispiel: Es gibt Firmen in der BRD, die keine Gewinne, sondern Verluste erarbeiten: Jede Arbeitsstunde kostet den Arbeitgeber Geld (wird gesagt), und deshalb soll die Firma zugemacht werden. In solchen Situationen ist es mehrfach vorgekommen, daß die Arbeiter die Firma kurzerhand zugemacht haben und in Streik getreten sind. Anstatt sich aber darüber zu freuen, daß weniger Verlust erarbeitet wurde, reagierten die Fabrikbesitzer in der Regel so, als ob Druck auf sie ausgeübt wurde, waren beispielsweise zu Zugeständnissen bereit, oder sie antworteten mit Gegen Druck und ließen räumen.

Der Grund für eine derartige Reaktion war in der Regel die Angst vor der politischen Wirkung eines solchen Streiks. Und eine derartige Wirkung können auch studentische Aktionen haben (müssen aber natürlich nicht).

Dabei muß natürlich hinzugefügt werden, daß ein Streik, der nur gemacht wird um zu streiken, in der Regel wirkungslos bleibt. Wenn an der Uni Grabesruhe herrscht weil gestreikt wird, fällt das allenfalls angenehm bei denen auf, deren sennlichster Wunsch es ist, daß Ruhe herrscht. Das eigentlich interessante bei einem Streik sind ja auch die (politischen) Aktionen, die in seinem Rahmen stattfinden. Und man kann nicht gleichzeitig möglichst massenhafte Aktionen veranstalten und außerdem den Unibetrieb weiterlaufen lassen wie immer: Entweder die Aktionen sind nicht massenhaft, oder aber es wird automatisch auch gestreikt.

Es ist eine ganz andere Frage, wie sinnvoll ein Streik zu einem bestimmten Zeitpunkt ist, ob überhaupt genügend Leute daran ein Interesse haben, und ob er in der Öffentlichkeit verstanden werden kann. Wer aber "Aktionstage" und "Streik" gegeneinander auszuspielen will, der macht einen Elefanten aus einer Mücke, denn die Frage, wie man das Kind nun taufen will kann man immer noch klären wenn alles gelaufen ist.

Friedrich Kammer



Büchertipps

Miguel Angel Asturias

Die Bananentrilogie:

Der Sturm (1950)

Der grüne Papst (1954)

Die Augen der Begrabenen (1960)

Vorstellen möchten wir Euch die ersten zwei Romane der Bananentrilogie des guatemaltekischen Schriftstellers Miguel Angel Asturias, der dafür auch 1967 den Nobelpreis für Literatur erhalten hat.

© Der Sturm

Eine Bananenplantage in Guatemala ist der Schauplatz des ersten Romans der Trilogie. Die Pflanzung gehört einer nordamerikanischen Firma, und um sie führen die eingeborenen kleinen Landarbeiter einen erbitterten Kampf mit dem mächtigen US-Konzern.

Im Mittelpunkt der Handlung steht der wunderliche Nordamerikaner Lester Mead, der unter den einheimischen Pflanzern lebt und Zeuge der Ungerechtigkeiten wird, deren wehrlose Opfer sie sind, bis er sich zu ihrem Fürsprecher macht.

Da bietet der US-Konzern "Tropical Plantanera Company" zum Beispiel einen unverschämt niedrigen Preis für die Bananen der noch selbständigen Pflanzler. Und diese müssen ihn auch annehmen, um nicht alles zu verlieren, denn die mächtige Gesellschaft kann warten - und in der Zwischenzeit verfaulen die bereits verladenen Bananen in

Eisenbahnwaggons und Schiffsbäuchen. Die Eingeborenen sind darüber verbittert:

Wenn die Aktionäre wüßten, was es heißt, ein Stück Land urbar zu machen und Bananen darauf zu pflanzen, wie man sich plagen muß, bis man die Frucht, süße Verheißung des Lebens, ernten und zur Ankaufsstelle transportieren kann, auf Eselskarren und Ochsenwägelchen, unter Schwierigkeiten und Sorgen ... wenn sie wüßten, was es heißt, stundenlang zu warten, in der brennenden Sonne, aber voller Hoffnung, für all die Mühe endlich den verdienten Lohn zu erhalten, und dann zu erfahren, daß sich der Aufkäufer der Gesellschaft aus tausend erfundenen Gründen weigert, die Bananen anzunehmen, so daß die Früchte achtlos weggeworfen werden neben die Schienenwege, wie ein totes Ding ... für die Bananengesellschaft nicht mehr gut genug, verschenkt zu werden.

Dieses Buch ist die Geschichte eines Kampfes, den ausgebeutete Indios gegen die übermächtige Politik ausländischer Konzerne führen. "Sturm" ist in politischer wie ethischer Hinsicht ein sozialer Roman. Für den europäischen Leser hat das Buch den Charakter eines authentischen Dokuments über Lebensbedingungen, die hierzulande so gut wie unbekannt sind.

ullstein tb 3234 ca. 170 Seiten
Preis ca. 4.80 DM

© Der grüne Papst

Nach "Sturm" ist dies der zweite Teil der Trilogie, die Leid und Ausbeutung der kleinen eingeborenen Pflanzler Guatemalas zum Thema hat.

Ein Pirat der Karibischen See wird zum Piraten des fruchtbaren Landes: Geo Maker Thompson, der "grüne Papst". In großem Stil kauft er Ländereien wie Regierungsbeamte, vertreibt die Indios mit Mord und Brandschatzung und entledigt sich raffiniert seiner Gegner innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, ob es nun Konkurrenten oder Reformer sind. Selbst Frau und Tochter opfert er seinem ein-

zigen Ziel: Herr der Tropical Plantanera zu werden, und sich von Chicago bis New Orleans als ein Gott des Geldes feiern zu lassen.

Ein sprachliches Kunstwerk und zugleich ein politisches Dokument über die Ausbeutung der Indios, die Bestechlichkeit amtlicher Popanze und die Praktiken amerikanischer Konzerne in einem Entwicklungsland.

Es braucht sehr viel Zeit, bis die Indios dem Nordamerikaner, der ihnen helfen will voll vertrauen, denn zu viele "Gringos" haben ihnen schon Hoffnung auf ein besseres Leben gemacht und sie dann betrogen. Unter der Führung Meads beginnen sie aber schließlich doch den zähen Kampf mit dem Grünen Papst, dem höchsten Beamten der "Tropicaltanera". Die Beschreibung, die Mead den Teilhabern der kleinen Gesellschaft gibt, ist alles andere als ermutigend:

Der Grüne Papst, müßt ihr wissen, ist ein Mann, der in einem Büro sitzt und über viele Millionen Dollar verfügt. Er braucht nur einen Finger zu rühren, und ein Schiff läuft aus oder bleibt im Haf. Ein Wort von ihm, und man kauft eine Republik. Er niest, und schon stürzt ein Präsident, ein General oder ein Anwalt. Er rutscht ein paarmal auf dem Sessel hin und her, und eine Revolution bricht aus. Gegen diesen Mann müssen wir kämpfen. Es ist durchaus möglich, daß wir den Sieg nicht erleben, daß wir sterben, bevor wir mit dem Grünen Papst fertig geworden sind.

Weiterhin findet sich in diesem Band die Fortsetzung der Geschichte der kleinen Gesellschaft.

Lester Mead, nun ein Freund der Indios findet einen verhängnisvollen Tod, und das Geheimnis seiner Person wird gelöst.

Die Bananenpflanzung vererbt Mead zu gleichen Teilen den Teilhabern der Gesellschaft. Mit welchen Schwierigkeiten und Versuchungen die plötzlich reich gewordenen kleinen Indios zu kämpfen haben, wird im zweiten Teil dieses Romans eindrucksvoll geschildert:

Ein Teil der Familien will auswandern, weil sie sich im Ausland ein besseres Leben, insbesondere für das ihrer Kinder erhoffen. Sie übernehmen sehr schnell die Lebensgewohnheiten und Vorstellungen reicher Leute (wenn es anfangs

auch schwerfällt), und wollen des Geldes wegen ihren Landanteil verkaufen. Ihre Einstellung "Wer kaufen will bietet, und wer am meisten bietet, kriegt's" führt zu Streitereien mit den Familien, die auch weiterhin gegen die Tropical Plantanera kämpfen wollen. Ob dieser Kampf ein gutes Ende findet, ist nachzulesen im

ullstein tb 3297 ca. 300 Seiten
Preis ca. 7.80 DM



Robert Jungk / Norbert R. Müllert
"Zukunftswerkstätten"

Hoffmann und Campe, 208 Seiten, 28 Mark

Dies ist ein ermutigendes und praktisches Handbuch für Leute, die die Welt verändern wollen.

Wer sich in einer Bürgerinitiative, Arbeitsgruppe, einer Partei oder sonstwo darum bemüht, etwas neues hervorzu- bringen und irgendwelche Mißstände zu beseitigen, den kann manchmal leicht der Mut verlassen. Zum Beispiel, wenn man sich in der Gruppe auch nicht einig werden kann, was man eigentlich will. Oder dann, wenn man am Infotisch in der Ladenstraße steht und die Mitmenschen von den Ideen und Forderungen, die man hat, wenig Notiz nehmen wollen.

Kein Wunder eigentlich! Wir Menschen, uns "fortschrittlichen Kräfte" eingeschlossen, lernen doch schon als Kinder, daß unsere eigenen Gedanken und Ideen nichts wert sind außer Kritik und Spott, Wenn und Aber. Und unsere lebenslängliche Reaktion auf die Verschüttung unserer Phantasie ist die, daß wir selber zwanghaft kritisch werden - feindselig und ungeduldig in Diskussionen und höhnisch gegenüber dem unterlegenen, dessen "Bewußtsein" nicht so weit zu sein scheint wie unser eigenes.

So kommt's daß all die "Fortschritte", die man uns heute bietet, irgendwo von oben kommen - sei es eine Flughafenerweiterung aus Ministerial-Büros, oder sei es eine politische Broschüre unter dem Motto: "Selber schuld, daß ihr nicht uns wählt, dann würd's euch doch viel besser gehen!"

Zukunftswerkstätten sind ein Verfahren, das es Menschen ermöglicht, endlich ihre eigenen Wünsche und Phantasien zu entwickeln, wie die Zukunft aussehen sollte.

Es handelt sich um einige gar nicht so komplizierte Regeln und Techniken, mittels deren sich eine Gruppe von Menschen einem Problem widmen kann, so daß dabei in einer menschlichen und spannungsfreien Atmosphäre die Kreativität aller wirksam werden kann, auch derer, die sonst lieber gar nichts sagen, weil sie meinen, nichts zu sagen zu haben.

Die Zukunftswerkstätten sind von Robert Jungk und Mitarbeitern seit über zehn Jahren mit Menschen und Themen aus allen Bereichen der Gesellschaft entwickelt worden. Ihr Grundgedanke ist der, daß es eine immense Energiequelle gibt, die bis heute noch nicht genutzt wird: die Kreativität und Wunschkraft von Millionen Menschen. Die Zukunftswerkstätten sind eine Methode, um diese Quelle zum Sprudeln zu bringen und die Zukunft selbst zu machen, anstatt sie sich präsentieren zu lassen.

Das Buch liest sich leicht, ist übersichtlich aufgemacht und für alle, die politisch arbeiten wollen, sein Geld wert.

Daß die Zukunft auch nicht mehr ist, was sie mal war, das ist uns vor zehn Jahren ziemlich unverhofft klargeworden.

War noch in den sechziger Jahren das legendäre "Jahr 2000" ein Lieblingsthema reichbebildeter Illustriertenartikel, ein Schlaraffenland mit Bildschirmen, Schwebebahnen und Unterwasserstädten, so ließ uns der Club of Rome in dem Buch "Grenzen des Wachstums" die Seifenblasen platzen. Angst und Enttäuschung waren die Folge und natürlich Abwehr.

Nicht nur, daß keiner gern etwas von drohenden Hungersnöten, Umweltkatastrophen, Rohstoffverknappung und Beschränkung wissen möchte - es blieb ja noch die Frage, ob das künftige Leben ohne alle Stratosphären-Hochhäuser und rollenden Gehsteige noch irgendwie aufregend sein könnte. Konnte es denn sonst noch etwas neues, utopisches zu erdenken geben? Wozu würde es sich sonst lohnen, Wissenschaftler zu werden?

Das Buch "Der Jahrtausendmensch" von Robert Jungk kam mir in dieser unangenehmen Situation zu Hilfe, als es 1973 neu erschien. Es ist inzwischen für 7.80 DM als rororo-Taschenbuch zu haben und gibt mir jetzt beim Wiederlesen aufs neue Mut und Ideen. Es handelt sich um eine Art Buch mit guten Nachrichten. Jungk hat auf der ganzen Welt Berichte gesammelt über Leute, die an neuen Möglichkeiten des Lebens schmieden und an Wegen, der lähmenden Katastrophengefahr zu entkommen. Da gibt es Berichte über die inzwischen schon breiter diskutierte "sanfte Technik", da ist die Rede von neuen Methoden des Lernens, die die Kräfte aller Menschen voll entfalten sollen, von sozialen Experimenten, neuen Demokratieformen, von Video-Guerillas, Biofeedback, Meditation und vielen anderen interessanten Ideen. Das Buch enthält sehr viele Literaturtips und Adressen zum Weiterinformieren. Und es ist alles andere als eine der vielen sektiererischen Selbermach-Broschüren, die manchmal ein langweiliges Bild der Zukunft malen. Nein, vielleicht stimmt es, was der Biologe René Dubos sagt: "Krisen führen immer zu einer Bereicherung.... Die Kraft der Umstände zwingt die Menschen, andere Lösungen zu erfinden." 300 spannende Seiten!



Neues vom Kindergarten!



Liebe TH-Kindergarten-Interessenten, obwohl wir seit einigen Wochen keinen Treff mehr einberufen haben, sind wir nichtsdestotrotz am Ball geblieben und wollen Euch hier mitteilen, was der gegenwärtige Stand der Dinge ist.

Es haben sich während unserer Umfrageaktion mit dem Artikel im Schlaglicht und den gelben Flugblättern bisher 35 Leute bei uns gemeldet, fast ausschließlich Studenten. Bedarf und Interesse an einem TH-Kindergarten ist also vorhanden.

Ein Gespräch mit Herrn Kauffmann, dem Leiter des Darmstädter Studentenwerks hat ergeben, daß wir leider nicht mit einem dauernden finanziellen Beitrag des Studentenwerkes rechnen können, da dieses jährlich 60.000,- DM Defizit mache. Wir müssen uns überlegen, ob wir uns damit zufriedengeben wollen.

Das Studentenwerk ist allerdings bereit, die Trägerschaft des Kindergartens zu übernehmen, wenn eine gesicherte Finanzierung nachgewiesen werden kann.

Wir haben nun ein Angebot bekommen, das für unser Vorhaben wie geschaffen ist: Es kann von uns ein komplett eingerichteter Kindergarten angemietet werden, der fünf Minuten vom Alten Hauptgebäude entfernt im Martinsviertel liegt und ab 1. Juli dieses Jahres frei wird, weil ihn der bisherige Träger einstellt.

Augenblicklich denken wir aufgrund der praktischen Situation an einen regulären Kindergartenbetrieb mit fest angestellten Betreuern.

Ein Gespräch mit dem Stadtjugendamt ergab, daß einer Genehmigung durch das Landesjugendamt (die braucht man nämlich!) wahrscheinlich nichts im Wege steht.

Der Personalrat der TH wurde von der letzten Personalversammlung fast einstimmig beauftragt, die Kindergarteninitiative zu unterstützen und den Bedarf auf Seiten des TH-Personals zu ermitteln.

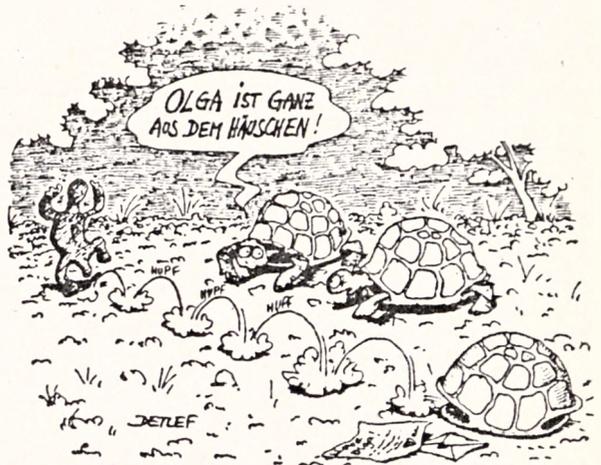
Dies ist auch in Hinblick darauf wichtig, daß die TH als Arbeitgeber einen Zuschuß zur Finanzierung geben soll.

Das Studentenparlament setzt sich ebenfalls für uns ein und hat im Haushalt der Studentenschaft für 1982 einen größeren Posten für uns vorgesehen. Wir sind gespannt, wie der Haushalt nach letzter Lesung für uns aussehen wird, wollen aber die Gelder der Studentenschaft nicht unverhältnismäßig beanspruchen, ohne andere, weitaus potentere Geldgeber mit angezapft zu haben.

So übernimmt die Stadt Darmstadt normalerweise 40% der Personalkosten für Einrichtungen, die vom Landesjugendamt anerkannt sind. Mit dem Landesjugendamt werden wir noch im Januar reden.

Nach Abzug der monatlichen Elternbeiträge, die wir mal mit 150 DM angesetzt haben, (wobei die Stadt bis zu einem monatlichen Nettoeinkommen von 1800 DM noch 80 DM Sozialzuschuß beiträgt), bleiben noch jährliche ca. 17.000 DM, für die wir eine Quelle finden müssen.

Und wenn Ihr noch mehr wissen wollt, oder Ideen habt, was wir machen können, dann kommt zu unserer Info-Veranstaltung!



Kindergarten-Info-Veranstaltung
Donnerstag, 28. 7. 1982, 20⁰⁰h im 11/25!

Frauengruppe an der THD

Wir sind ein paar Frauen aus verschiedenen Fachbereichen und haben uns entschlossen, aufgrund einiger schlechter Erfahrungen mit Kommilitonen und Professoren eine Frauengruppe an der TH zu gründen. Vielleicht ist es Euch noch nicht so aufgefallen, aber wir werden hier immer noch in eine bestimmte Frauenrolle gedrängt, die uns nicht gefällt. Z.B. bekommen wir immer wieder zu hören, daß einige Frauen nur studieren, weil das Angebot an Männern hier sehr hoch ist, oder die Kommilitonen fragen uns, warum wir ihnen die Studienplätze wegnehmen, wo wir doch sowieso nach dem Studium heiraten und Kinder bekommen und dann nicht arbeiten gehen.

Ein Zitat von Prof. Fischer (Uni Dortmund):

Während die meisten Frauen im Leben eines Mannes die Nr. 1 sein wollen, geht beim richtigen Ingenieur die Arbeit vor allem anderen. Die ideale Ingenieursfrau versteht das, ist treusorgend und anspruchslos und gibt ihrem hart arbeitenden Mann seelischen Beistand. Schon mancher begabte Ingenieur ist von seiner selbstsüchtigen Frau ruiniert worden.

Seit der Gründung der Frauengruppe während der Aktionstage, haben wir uns noch zweimal getroffen und anhand der großen Beteiligung festgestellt, daß das Bedürfnis nach einer Frauengruppe durchaus vorhanden ist (Im Gegensatz zu unseren Befürchtungen: beim Verteilen der Flugblätter hatten wir nämlich kaum Frauen angetroffen). Die bisherigen Treffs dienten hauptsächlich dem Kennenlernen und einem Erfahrungsaustausch.

Um uns erst mal selbst unsere Position und unser Verhalten bewußt zu machen, wollen wir uns in nächster Zeit über die Rolle der Frau in der (unserer) Gesellschaft unterhalten. Am

SONNTAG, DEM 17.01.1982, 20 UHR

BEI Renate Palm, [REDACTED]

wollen wir versuchen, uns klarzumachen, was wir selbst unter typischem Frauenverhalten verstehen, und warum es so schwierig ist, mal aus der "Rolle" zu fallen. Das Buch von Ursula Scheu: "Wir werden nicht als Mädchen geboren - wir werden dazu gemacht" (Fischer TB, DM 4,50) soll am 24.01.1982 (ebenfalls ein Sonntag) Grundlage unserer Diskussion sein.

Genauen Ort und Zeit unserer Treffs werden wir jeweils am Schwarzen Brett beim AstA aushängen!!! Da finden alle, die noch Fragen haben auch die Adressen einiger mitarbeitenden Frauen.

Im übrigen würden wir uns freuen, wenn ihr mal bei uns vorbeischaud!

P.S. Wir wollen dem Gerücht entgegentreten, daß unsere Gruppe interessierten Männern verschlossen ist. Bei den nächsten paar Zusammenkünften wären wir allerdings lieber noch unter uns, um uns kennenzulernen und unseren Standpunkt herauszuarbeiten. Den "Öffnungstermin" werden wir "rechtzeitig" bekannt geben.

Hochschulpolitische Nachrichten

VORLESUNGSSTÖRUNG KANN GEWALT SEIN

Studenten, die durch Gewalt den Abbruch von Vorlesungen, Seminaren und Prüfungen herbeiführen, handeln rechtswidrig und können sich damit der Nötigung schuldig machen.

Nach einem am 9. November vom 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofes veröffentlichten Beschluß kann auch das Stören von Vorlesungen durch Geschrei, Gebrüll, Pfeifen, Absingen von Liedern oder durch den Gebrauch von Lärminstrumenten als Gewaltanwendung angesehen werden, auch wenn dabei eigene erhebliche Körperkraft nicht ausgeübt worden ist.

Mit diesem Beschluß hat der Bundesgerichtshof eine rund 8300 Seiten umfassende Revisionsbegründung der Verteidiger dreier ehemaliger Studenten der Universität Heidelberg gegen eine im März 1980 erfolgte Verurteilung durch das Heidelberger Landgericht wegen Nötigung und Hausfriedensbruch zurückgewiesen.

Das Gericht hatte die drei Studenten wegen Nötigung und Hausfriedensbruch zu Freiheitsstrafen zwischen 13 und 17 Monaten ohne Bewährung verurteilt.

Die Karlsruher Richter widersprachen in ihrer Revisionsentscheidung der Auffassung der Verteidigung der drei ehemaligen Studenten, wonach die Störaktionen durch einen rechtmäßigen Streik der Studierenden gerechtfertigt gewesen seien. Dies treffe deshalb nicht zu, weil zwischen Studenten und Universität kein Arbeitsverhältnis bestehe, aus dem die Rechtfertigung für einen Streik hergeleitet werden könnte.
(uni-report vom 2.12.81)

Und die Moral von der Geschicht':

Dies ist wohl der neue (und endgültige) Maulkorberlass für Studenten!! Wir sollten uns dagegen wehren, daß von nun an die Entscheidung der Frage "vorlesungsstörung - ja oder nein?" und damit also auch "Gewaltanwendung - ja oder nein" allein im Ermessen des Profs bzw. des Dozenten liegt.

Denn nach diesem Urteil kann ja schon laut vorgetragene, berechnete Kritik als Vorlesungsstörung und Gewaltanwendung ausgelegt werden.

Chancen auf mehr Studentenwohnraum ????

Eine Initiative der hessischen FDP läßt uns hoffen, daß die Wohnungsnot der Darmstädter Studenten in absehbarer Zeit etwas gelindert wird (zumindest ein Tropfen auf den heißen Stein!).

Vorgeschlagen wurde, im Haushalt 1982 Mittel für insgesamt 10.000 Sozialwohnungen im Rahmen eines Sonderprogramms zur Verfügung zu stellen.

Das vom Innenministerium betreute Programm sieht unter anderem vor, die neuen Sozialwohnungen, wenn sie einmal gebaut sind, den Studentenwerken zu übertragen. Da es sich

um normale Wohnungen handelt, sollen sie später einmal, wenn die Studentenzahlen rückläufig sein werden (?), auch an einkommensschwache Bevölkerungskreise vermietet werden. Nach einer Mitteilung der Pressestelle der THD, sollen in Darmstadt nach dem Sonderprogramm der Landesregierung Wohnmöglichkeiten für etwa 600 Studenten entstehen.

Der Haken an der ganzen Sache allerdings ist: Da das Land Hessen nicht die gesamten Baukosten übernimmt, muß noch abgeklärt werden, wer die Restfinanzierung übernimmt.

Veranstaltungen

STUDENTENKELLER IM SCHLOSS

Programm Januar 1982

Fr. 15.01.	LOTHAR SCHARF QUINTETT (Hard-Bop)	4 DM
Sa. 16.01.	F L A T S C H !!! (Rock-Klamauck)	4 DM
Di. 19.01.	MOMBASA (African Jazz)	5 DM
Fr. 22.01. bis So. 24.01.	bleibt der Schlosskeller geschlossen!!! (Arbeitswochenende des Schlosskeller-Teams)	
Di. 26.01.	SHARON LANDAU (Kabarett - Music-Show)	4 DM
Fr. 29.01.	A. G. E. (Blues und Türkisch Rock)	3 DM
Sa. 30.01.	CHILE-VERANSTALTUNG VON ai (Lateinamerikanische Folklore mit "huellerehue")	3 DM
Fr. 05.02.	"Die Konditors" aus Dortmund (Rock mit deutschen Texten, aber auch Freunde des Kabarettts kommen auf ihre Kosten!!)	

Außerdem ist jeden Mittwoch "DISCO"

und jeden Donnerstag Spieleabend (Spiele können ausgeliehen werden)

ÖFFNUNGSZEITEN: DI - SA von 20 - 1 Uhr.

Nach langjähriger Pause sind

TON - STEINE - SCHERBEN

wieder auf Tournee!!!

Am

MONTAG, dem 25.01. spielen sie auch in Darmstadt, und zwar:

im

AUDI-MAX der TH, Karolinenplatz 5.

Karten dafür sind zu haben im AStA-Büro, Altes TH-Hauptgebäude und im AStA-Laden, Alexanderstrasse (alte Mensa). Preis: DM 8.